

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 202.

Mittwoch, 30. August 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postgebühren 2.14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Börsen und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und unbilliger Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Kanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Dr. Schacht über deutsche Finanzpolitik.

Endgültig Schluß mit früheren Methoden.

1) Berlin. Berliner Blätter veröffentlichen eine Unterredung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit dem Allgemeinen Handelsblatt in Amsterdam. Auf die Frage, ob Dr. Schacht nicht der Auffassung sei, daß der Antisemitismus des Dritten Reiches der Finanzpolitik Schwierigkeiten bereite, antwortete Dr. Schacht: „Internationale Verbindungen werden vorläufig von uns nicht gesucht. In früheren Jahren haben wir auf diesem Gebiet viel zu viel unternommen. Deutschland rechnet in seiner Hinsicht auf internationale Finanzhilfe der früheren Art. Die ebendort geübte Geschäftspraxis Deutschlands, für den enormen Zinssatz von 8 Prozent Geld zu leihen, während in allen übrigen Ländern nur ein Zinssatz von 4 Proz. üblich war, beweist, daß diese internationale Finanzhilfe nicht auf einer gesunden Basis beruhte.“ Die Arbeitsbeschaffungsaktion der Reichsregierung diene dem Ziel, das Wirtschaftsleben aus seiner Erstarrung zu befreien und die Voraussetzungen für einen Konjunkturwechsel zu schaffen. Die Tatsache, daß der Großgrundbesitz freiwillig Land für Siedlungswecke zur Verfügung stellt, und überhaupt die neuen Auffassungen bei den verantwortlichen Wirtschaftsführern sind symptomatisch für den Geist in der deutschen Volkswirtschaft, den Geist des Nationalsozialismus, der Gemeinnutz über Egoismus stellt. Zu der Valutafrage äußerte sich Dr. Schacht: „Deutschland hat nicht nötig, die Goldparität anzugeben. Die Valutadumpingspolitik der Engländer und Amerikaner kann über kurz oder lang die Anspannung der Börsen und Preise nicht verhindern. England und Amerika müssen die augenblicklichen wirtschaftlichen Vorteile später durch Lohnkämpfe kompensieren. Wir legen alles daran, durch Sparlichkeit und Vereinfachung des Lebensstandards über die Krise hinwegzukommen.“ Falls im Ausland Stimmen laut werden, die die Verwendung der rückständigen Schulden, die wir im Augenblick nicht zu transferieren vermögen, zu neuen Kapitalinvestitionen im Reich empfehlen, muß hierzu mit allem Nachdruck erwidert werden, daß hiervon absolut keine Rede sein kann.

Luther-Festwoche in Wittenberg.

1) Aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der Luther-Halle in Wittenberg findet vom 9. bis 18. September 1933 eine Luther-Festwoche in Wittenberg statt. Der 9. September steht zunächst im Zeichen der Jugend und schließt mit einer Kundgebung am dem Markt. Am Sonntag, dem 10. September, dem Hauptfesttag, findet um 8 1/2 Uhr vormittags ein Festgottesdienst in der Stadtkirche (Luthers Predigt-Kirche) statt, der vom Deutschlandsländer übernommen wird. Die Festpredigt hält Landesbischof Müller, die Einnahme des Abendmahls der Pfarrerebene. Den Gottesdienst in der Stadtkirche hält Professor Vener-Greifeld. Um 11 Uhr findet dann der Festakt in der Luther-Halle auf dem Lutherhof statt, an dem voraussichtlich der preussische Kultusminister Dr. Kunt die Festrede halten wird. In diesem Festakt haben bisher folgende Herren ihre Erklärungen abgegeben: Kultusminister Dr. Kunt, Ministerialdirektor Jaeger, Reichsstatthalter Volper, Staatsminister Freyberg, der Erzbischof von Schweden, D. Eldon, Landesbischof Müller, der Reichsleiter Pfarrer Dörsenfelder und der Reichsbranduntersucher Bierchmale der Glaubensbewegung Deutsche Christen. Um 17 Uhr findet auf dem Schloßhof die Festausführung des Luther-Spiels „Propheeten“ von Hans Jochit statt, der der Dichter voraussichtlich persönlich betreiben wird. Es wird von Kräften des Friedrich-Theaters in Dessau gespielt. Um 19 Uhr findet dann ein Marktfest statt, das uns mit dem Volksleben der Lutherzeit bekanntmachen soll. — Am Dienstag findet in Wittenberg ein Treffen der Evangelischen Frauenverbände statt, dem ein Gottesdienst vorausgeht, gehalten vom Pfarrer Dr. Dörsenfelder. An allen Tagen wird sowohl das Festspiel als auch das Marktfest gezeigt. Es ist zu hoffen, daß die weitesten Kreise diese Festwoche zum Anlaß nehmen werden, Wittenberg als Stadt der Reformation kennenzulernen.

Hindenburg Schirmherr des Luther-Tages.

1) Der Reichspräsident von Hindenburg und der Landesbischof Müller, der Beauftragte des Reichskanzlers für die evangelische Kirche, haben freundschaftlich die Schirmherrschaft für den Deutschen Lutherstag 1933 übernommen. Dem Ehrenamt sind bisher unter anderem Reichsinnenminister Dr. Frick, Reichsarbeitsminister Seidte und Ministerpräsident Göring beigetreten.

Empfang der Ostlandtreuefahrer in Danzig

Ansprache des Reichsministers Dr. Goebbels.

1) Danzig. Der Empfang der deutschen Treuefahrer auf dem Nibbenwall in Danzig nahm unter gewaltiger Beteiligung der Danziger Bevölkerung einen eindrucksvollen und erhebenden Verlauf. Senatspräsident Greiser begrüßte im Namen der Danziger Regierung die Treuefahrer und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß Danzig, das allezeit in Treue zum deutschen Mutterlande stehe, in die Ostlandtreuefahrt mit einbezogen worden sei. Mögen die Kraftfahrer aus dem Reich, so schloß der Senatspräsident, von hier das Bewußtsein mitnehmen, daß eine halbe Million Deutsche im Freistaat Danzig treue Wacht für deutsche Kultur und deutsche Wesenheit halten. Unter dem himmlischen Jubel der Zehntausende, die den Wagenpark der Treuefahrer umschwebten, führte Reichsminister Dr. Goebbels u. a. etwa folgendes aus: Sie sehen in uns die Senbotten des Reiches. Die Sympathien, die Sie uns entgegenbringen, gelten dem deutschen Volk und der deutschen Nation. Sie wollen damit vor aller Welt bekunden, daß diese Stadt deutsch ist und allen zum Troste auch deutsch bleiben will und deutsch bleiben wird. Die Männer, die heute im Reich die Wacht in der Hand hätten, seien bewußt völlig und kühnlich sich der ganzen Nation innerlich verbunden. Darum hätten sie die Wertschätzung des Reiches nach Ostpreußen und nach Danzig gebracht. Die Regierung von heute sehe das deutsche Volk als Gesamtheit, der sie sich innerlich verpflichtet fühle. Die geistige deutsche Volkseinheit umschlechte alles auch außerhalb der heutigen Reichsgrenze, was deutsch denkt und deutsch empfindet. Das nationalsozialistische Deutschland wolle anderen Völkern das ihre geben, verlange aber, daß auch die anderen Völker das respektieren, was ihm gebühre. Deutschland müsse sich gegen ein Komplott des internationalen Judentums, das seine Position in Deutschland ver-

loren hat und nun gegen das Reich von außen her zu heben sucht, zur Wehr setzen. Wir könnten von anderen Völkern nicht verlangen, daß sie uns lieben, wir können aber von ihnen verlangen, daß sie Achtung haben vor der nützlichsten Sachlichkeit, um der schweren Not der Nachkriegszeit Herr zu werden. Zwei Millionen Menschen, so führte Dr. Goebbels aus, sind wieder zu den Maschinen und auf den Kontorschemel gesetzt, ganze Provinzen befreit von der Geißel der Arbeitslosigkeit, ganze Parteien des internationalen Marxismus zerstampelt, zu Boden geworfen, und das ganze Volk wieder erfüllt von Glaube und Hingabe. Das sind die Zeichen unserer 6 Monate Regierungszeit. Siehe ein Volk der Welt auf und stelle dem auch nur etwas annähernd gleiches zur Seite und wir geben ihm das Recht, Deutschland und die junge Regierung Deutschlands zu kritisieren! Heute können wir uns wieder mit Recht auf das Reich berufen, wir haben das große Gefühl der Genugtuung, wieder Glieder eines geeinten Volkes zu sein. Sie mögen Reden auf Ihren internationalen Konferenzen führen, es sind Grabesgedächtnisse, die politisch nicht mehr vernommen werden. Sie repräsentieren eine Welt, die dahin ist und niemals mehr wiederkommen wird. So kann ich Ihnen in Danzig mit Stolz die Grüße des geeinten deutschen Volkes überbringen, die Grüße der Heimat, die einst nie vergeht und deshalb auch von Euch fordern kann, daß auch Ihr sie nie vergeßt. Reichsminister Dr. Goebbels schloß mit einem dreifachen, von den jubelnden Massen begeistert aufgenommenen Siegesheil auf die deutsche Heimat, auf das deutsche, völlig untrennbar mit dem deutschen Volk verbundene Danzig und auf den deutschen Führer Adolf Hitler. Dr. Goebbels hat dann im Flugzeug die Rückreise nach Berlin angetreten.

Miliz für Oesterreich.

8000 bis 10000 Mann neben dem Bundesheer.

1) Berlin. In der Berliner Presse wird eine Rede des österreichischen Heeresministers Baugolu hart beachtet, der nach längerer Pause wieder einmal eine Drohrede gegen die Nationalsozialisten hielt und außerdem nähere Angaben über die Ergänzung des österreichischen Heeres durch eine Miliz machte. Er erklärte, noch in dieser Woche werde eine neue Wehrordnung erlassen, durch die neben dem Bundesheer ein zweiter Soldatenhaufen mit kurzer, nämlich halbjähriger, Dienstzeit geschaffen werde. Schon in der nächsten Zeit würden die Einberufungen stattfinden. In jedem halben Jahr würden 8000 bis 10000 Milizsoldaten einberufen werden, so daß neben dem Bundesheer, das bekanntlich, wie in Deutschland, ein Berufsheer ist, bald ein zweiter Wehrkörper bestehen werde, geführt und ausgebildet von den Offizieren und Unteroffizieren des Bundesheeres. Damit sei der erste Schritt zur allgemeinen Wehrpflicht getan. Baugolu nimmt für sich selbst das Verdienst in Anspruch, dieses Zugeständnis bei den Unterzeichnern des Vertrags von St. Germain für Oesterreich durchgesetzt zu haben. In der Tat handelt es sich um eine sehr wesentliche, grundlegend bedeutsame Abänderung dieses Vertrags, der die all-

gemeine Wehrpflicht in Oesterreich abgeschafft und die Höchststärke der österreichischen Streitkräfte einschließlich der Offiziere auf 30 000 Mann festgesetzt hat. Nun ist diese Zahl von Oesterreich augenblicklich nur in Höhe von 22 000 Mann ausgenutzt worden, so daß rein zahlenmäßig die vorgelegene Wehrordnung den vertraglichen Rahmen nicht überschreiten würden. Auch nach den von der Mehrheit der Abrüstungskonferenz empfohlenen Grundlinien für die Verengung der Heeresstärke, die von der durchschnittlichen Tagesstärke auszugehen und die ausgebildeten Reserven nicht berücksichtigen, würde keine Ueberschreitung der Höchstzahl vorliegen. Die Verbindung zwischen Berufsheer und Miliz, die die Berufs Soldaten zu Instrukteuren des Volksheeres macht, ist bisher von Frankreich immer als eine besonders bedeutsame Kombination der Vorzüge beider Wehrverfassungen für die besiegten Länder abgelehnt worden. So bilden die Ankündigungen des österreichischen Heeresministers auch über den Einzelfall des Tonanlandes hinaus einen interessanten Beitrag zur Entwicklung des Abrüstungsproblems.

Der Reichspräsident wieder in Berlin.

1) Berlin. Reichspräsident von Hindenburg ist heute vormittag mit dem fahrplanmäßigen Zug 723 Uhr von Neudeck (Westpreußen), in Berlin, Bahnhof Friedrichstraße, eingetroffen.

Nürnbergers Festkleid bleibt bis zum 10. September.

1) Viele Volksgenossen aus dem Reich und auch viele Fremde aus dem Ausland, die Nürnberg im Festkleid sehen möchten, können nicht zum Reichsparteitag selbst in Nürnberg sein. Die Stadtverwaltung hat deshalb beschlossen, die Tribünen erst am 11. September abbrechen zu lassen und solange auch den gesamten Schmutz der öffentlichen Gebäude und Plätze beizubehalten. Die Einwohnerlichkeit wird ersucht, den Grünsmuck und die Fahnen an ihren Häusern ebenfalls bis zum 10. September zu belassen. Eine weitere Bekanntmachung der Stadt Nürnberg wendet sich gegen die Versuche gewinnstüchtiger Elemente,

die anlässlich des Parteitages zu erwartende starke Nachfrage nach Gegenständen des täglichen Bedarfs zu Preissteigerungen in offener oder verdeckter Form auszunutzen. Dem Nürnberger Preiskommissar sind alle zu einem wirksamen sofortigen Einschreiten nötigen Vollmachten übertragen worden. Bei Preissteigerungen soll davon rüchlos Gebrauch gemacht werden. Es sollen sofortige Bekämpfungsschritte verhängt und die Namen der Schuldigen öffentlich bekannt gegeben werden.

Schließlich ist angeordnet worden, daß sämtliche Apotheken des Stadtgebietes Nürnberg während des Parteitages ununterbrochene Dienstbereitschaft durchzuführen haben.

Görings Dank an die Saardeutschen.

1) Berlin. Ministerpräsident Göring hat als Führer Preußens dem Landesführer der NSDAP, des Saargebietes Staatsrat Spaniol und allen Saardeutschen für das am Niederwald zum Ausdruck gebrachte Bekenntnis der Hingabe und Treue zum armen-amen großen Vaterland auch im Namen der preussischen Staatsregierung und des preussischen Volkes seinen Dank telegraphisch ausgesprochen.